

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Christin Christ, Dennis Thering,  
Stefan Bereuter, Markus Kranig, Thilo Kleibauer,  
Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Sicherung der medizinischen Versorgung in Steilshoop – Temporäre  
modulare Übergangslösungen für Arztpraxen und Apotheke jetzt  
ermöglichen**

Die medizinische Versorgung im Stadtteil Steilshoop befindet sich in einer akuten Krise. Für rund 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner stehen derzeit lediglich zwei Hausärzte, ein Kinderarzt sowie wenige weitere medizinische Angebote zur Verfügung. Schon heute ist die wohnortnahe Versorgung insbesondere für ältere Menschen, Familien, chronisch Erkrankte und mobilitätseingeschränkte Personen erheblich eingeschränkt.

Steilshoop zählt zu den Stadtteilen Hamburgs, die bereits seit Jahren mit strukturellen Nachteilen zu kämpfen haben. Der fortschreitende Verlust medizinischer Infrastruktur verstärkt das Gefühl des Abgehängtseins und droht, soziale Ungleichheiten weiter zu verschärfen. Eine verlässliche ärztliche Versorgung ist jedoch eine grundlegende Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen.

Besonders angespannt ist die Situation im Umfeld des EKZ Steilshoop. Die dort ansässigen Ärztinnen und Ärzte sowie die Apotheke sind unmittelbar von den geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen des EKZ betroffen. Seit mehr als fünf Jahren werden ihnen Umzüge innerhalb des EKZ in Aussicht gestellt, ohne dass bislang verbindliche schriftliche Vereinbarungen zu Mietkonditionen, Umzugskosten oder zeitlichen Abläufen vorliegen.

Das derzeit geplante Vorgehen würde faktisch bis zu drei vollständige Umzüge erfordern. Dies bedeutet erhebliche wirtschaftliche Belastungen, mehrfachen organisatorischen Aufwand sowie zusätzliche behördliche Genehmigungsverfahren – ohne eine gesicherte Kostenübernahme. Unter diesen Umständen ziehen weitere Ärztinnen und Ärzte ernsthaft in Betracht, Steilshoop vollständig zu verlassen. Ein solcher Wegzug hätte für den Stadtteil schwerwiegende und möglicherweise irreversible Folgen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass im Stadtteil Steilshoop kaum verfügbare alternative Gewerbeflächen existieren. Selbst öffentliche Einrichtungen wie der ASD Steilshoop mussten bereits auf Standorte am Rande des Stadtteils ausweichen. Ohne ein aktives Eingreifen der öffentlichen Hand droht somit ein weiterer massiver Versorgungsabbau.

Die Sicherstellung einer wohnortnahen medizinischen Versorgung ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch Verantwortung der Freien und Hansestadt Hamburg. Die aktuelle Situation in Steilshoop zeigt deutlich, dass marktgetriebene Lösungen allein nicht ausreichen.

Die Stadt Hamburg hat bereits an anderer Stelle gezeigt, dass sie in der Lage ist, kurzfristig funktionale Übergangslösungen zu schaffen. Beispielhaft sind hier die modularen Containerlösungen im Umfeld des Hamburger Hauptbahnhofs zu nennen, die erfolgreich und flexibel eingesetzt wurden. Auch zahlreiche andere Städte und Gemeinden in Deutschland nutzen seit Jahren modulare Übergangsbauten, um medi-

zinische und soziale Infrastruktur während Umbau- oder Mangelsituationen abzusichern.

Modulare Containerlösungen sind kurzfristig realisierbar, flexibel nutzbar, wirtschaftlich vertretbar und nach Abschluss der Baumaßnahmen rückbaubar. Sie bieten die Möglichkeit, Ärztinnen und Ärzten sowie der Apotheke in Steilshoop eine verlässliche Übergangsperspektive zu geben, Mehrfachumzüge zu vermeiden und die medizinische Versorgung für die Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Eine solche Übergangslösung ist nicht Ausdruck von Provisorium, sondern von Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass die Freie und Hansestadt Hamburg selbst Verantwortung übernimmt und auf öffentlichem Grund in Steilshoop temporäre modulare Containerlösungen errichtet, um Ärztinnen und Ärzten sowie der Apotheke kurzfristig geeignete Flächen zur Verfügung zu stellen. Durch die Bereitstellung dieser Flächen zu sozialverträglichen und verlässlichen Mietkonditionen kann den medizinischen Leistungserbringern die notwendige Planungssicherheit gegeben werden, um ihren Standort im Stadtteil aufrechtzuerhalten.

Eine solche Lösung würde es den Ärztinnen und Ärzten sowie der Apotheke ermöglichen, vor Ort zu bleiben, ihre Arbeit ohne Unterbrechung fortzusetzen und weiterhin als niedrigschwellige, wohnortnahe Anlaufstellen für die Bevölkerung zu wirken. Gerade für einen Stadtteil wie Steilshoop, in dem viele Menschen auf kurze Wege und vertraute Versorgungsstrukturen angewiesen sind, ist dies von elementarer Bedeutung.

Zugleich würde eine auf öffentlichem Grund realisierte Übergangslösung verhindern, dass medizinische Angebote dauerhaft aus dem Stadtteil abwandern und sich die bestehende Unterversorgung weiter verfestigt. Nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen am EKZ Steilshoop könnten die Praxen und die Apotheke einmalig und dauerhaft in die dann zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen umziehen; die modularen Containeranlagen wären anschließend rückbaubar.

Die Errichtung temporärer Containerlösungen ist damit ein pragmatischer, verantwortungsvoller und zeitlich befristeter Schritt, um den drohenden Verlust medizinischer Infrastruktur in Steilshoop abzuwenden. Sie stellt ein klares Signal dar, dass die Freie und Hansestadt Hamburg auch in strukturell benachteiligten Stadtteilen bereit ist, aktiv zu handeln, um gleichwertige Lebensverhältnisse und eine verlässliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

#### **Die Hamburgische Bürgerschaft fordert den Senat auf,**

1. unverzüglich zu prüfen, welche städtischen oder stadtnahen Flächen im Stadtteil Steilshoop für die Errichtung temporärer modularer Containerlösungen für Arztpraxen und eine Apotheke geeignet sind;
2. kurzfristig ein ressortübergreifendes Übergangskonzept zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Steilshoop zu entwickeln, unter Einbeziehung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg sowie weiterer relevanter Akteure;
3. sicherzustellen, dass für die Dauer der Übergangslösung verlässliche, bezahlbare und planbare Mietkonditionen für die betroffenen Ärztinnen, Ärzte und die Apotheke angeboten werden;
4. alle notwendigen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um modulare Übergangslösungen zeitnah realisieren zu können;
5. sich gegenüber dem Eigentümer des EKZ Steilshoop mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass verbindliche, schriftliche Zusagen zu Mietkonditionen, Umzugskosten und langfristigen Perspektiven für die medizinischen Einrichtungen gemacht werden;
6. alles Erforderliche zu unternehmen, um einen weiteren Wegzug von Ärztinnen und Ärzten aus Steilshoop zu verhindern und die medizinische Versorgung im Stadtteil dauerhaft zu stabilisieren;

7. der Bürgerschaft ist bis spätestens 30.06.2026 zu berichten.